

Religionsfreiheit und europäische Identität

Thomas Schirrmacher

Einführung

Das Recht auf Religionsfreiheit eignet sich sehr gut als identitätsstiftendes Konzept für die Europäische Union und für Europa im Allgemeinen.¹ Dass dieses universale Menschenrecht einen derart hohen Stellenwert hat, liegt vor allem darin begründet, dass die Grundwerte, die Europa zusammenhalten, ganz wesentlich angesichts der früher fehlenden Religionsfreiheit und der verheerenden Konsequenzen in Form von (Bürger-)Kriegen, Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund der religiösen Zugehörigkeit erstritten wurden. Dass jeder seine eigene Religion oder Weltanschauung haben, wählen und wechseln darf, und zwar öffentlich und nicht heimlich, und ihm diese weder vom Staat vorgeschrieben noch von anderen sozialen Kräften aufgezwungen wird, zählt zu den zentralen Voraussetzungen der Freiheit. Das ist nur möglich, wenn es eine gewisse Trennung des Staates von den religiösen Institutionen gibt und der Staat es nicht als seine Aufgabe betrachtet, eine bestimmte Religion zu propagieren, sondern bereit ist, alle religiösen Gemeinschaften auf der Grundlage derselben gesetzlichen Vorgaben gleich zu behandeln.

¹ Siehe Rex Ahdar, Ian Leigh. *Religious Freedom in the Liberal State*. Oxford: Oxford University Press, 2005.

Das Europa von heute gäbe es schlicht und einfach nicht, wenn es keine Religionsfreiheit gäbe. Eine moderne Demokratie ohne Religionsfreiheit ist nicht denkbar. Die Religionsfreiheit ist nämlich zum einen tiefgreifend mit anderen fundamentalen Rechten wie der Gewissensfreiheit, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit oder der Pressefreiheit verknüpft. Zum anderen kann ein säkularer demokratischer Rechtsstaat, der die Trennung von „Kirche“ und Staat voraussetzt, nur mit Religionsfreiheit verknüpft sein.

Die Religionsfreiheit ist nicht nur das komplementäre Gegenstück zum säkularen demokratischen Rechtsstaat, sondern auch die Voraussetzung für Religionsfrieden, das heißt für die Abwesenheit von Bürgerkrieg oder Krieg, der religiös oder weltanschaulich begründet oder gegen andere Religionsgemeinschaften geführt wird. Denn nicht dadurch entsteht Religionsfrieden, dass Religionsgemeinschaften oder nichtreligiöse Menschen ihren Wahrheitsanspruch aufgeben oder sich so weit einigen, dass die Unterschiede fast verschwinden (denn bekanntlich haben häufig sehr nahe beieinander stehende Konfessionen einer Religion Krieg gegeneinander geführt)², sondern durch

² Siehe Brian J. Grim, Roger Finke. *The Price of Freedom Denied: Religious Persecution and Conflict in the Twenty-First Century*. Cambridge: Cambridge University Press, 2010.

die Bereitschaft zur Religionsfreiheit, die einschließt, die eigene Religion friedlich und im Zusammenleben mit Anhängern anderer Religionen und Weltanschauungen öffentlich darzustellen und im Diskurs weiterzugeben, nicht aber durch Zuhilfenahme der staatlichen Macht oder von Gewalt oder Zwang gegen Andersdenkende.

Der historische Kontext

Die Geburt der Idee der Religionsfreiheit

In der Mitte des 17. Jahrhunderts kommen im radikalprotestantischen Flügel in England erstmals Forderungen nach Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit, Pressefreiheit und allgemeinem Männerwahlrecht auf. Michael Farris hat dazu eine umfangreiche Untersuchung zu den frühen Quellen der Religionsfreiheit in den USA vorgelegt, darunter ungezählte Predigten und Traktate.³ Er führt alle frühen Initiativen auf England zurück.

Nachdem Sebastian Castellio, der als ehemaliger Calvinschüler 1554 gegen Johannes Calvin für eine noch recht rudimentäre Religionsfreiheit – etwa weiterhin Bestrafung von ‚Gottlosen‘, d.h. Atheisten – eingetreten war, stammt das erste bekannte Traktat, das völlige Religionsfreiheit forderte, vom englischen Baptisten Leonard Busher aus dem Jahr 1614.⁴ Der Gedanke breitete sich unter Baptisten und anderen ‚Dissenters‘ in England, den Niederlanden und dann den USA aus. Es war

der Baptist und Spiritualist Roger Williams (1604-1685), 1639 Mitbegründer der ersten amerikanischen Baptistengemeinde mit kongregationalistischer Struktur (alle Mitglieder sind gleichberechtigt und wählen Leitung und Pastor), der 1644 die völlige Religionsfreiheit forderte⁵ und 1647 auf Rhode Islands die erste Verfassung mit völliger Trennung von Kirche und Staat und Religionsfreiheit durchsetzte. Rainer Prätorius bringt es auf den Nenner: „Nicht obwohl, sondern weil er tief religiös war, forderte Williams eine Trennung von Politik und Religion.“⁶

Der evangelische Theologe und Religionsphilosoph Ernst Troeltsch⁷ hat vertreten, dass die Menschenrechte nicht dem Protestantismus der etablierten Kirchen, sondern den in die Neue Welt vertriebenen Freikirchen, Sekten und Spiritualisten – von den Puritanern bis zu den Quäkern – zu verdanken seien. „Hier haben die Stiefkinder der Reformation überhaupt endlich ihre weltgeschichtliche Stunde erlebt.“⁸

Die Geburtsstunde der Religionsfreiheit – so möchte ich einmal zugege-

³ Michael Farris. *From Tyndale to Madison*. Nashville (TN): B & H, 2007.

⁴ Leonard Busher. *Religious Peace*. Amsterdam: o. V., 1614, London: Sweeting, 1644.

⁵ Roger Williams. *The bloody tenent, for cause of conscience*. London: o. O., 1644, ders. *The bloody tenent yet more bloody*. London: o. O., 1652; ders. *Christenings make not Christians*. London: o. O., 1645.

⁶ Rainer Prätorius. *In God We Trust: Religion und Politik in den USA*. München: Beck, 2003. S. 35.

⁷ Vgl. Friedrich Wilhelm Graf. „Puritanische Sektenfreiheit versus lutherische Volkskirche: Zum Einfluss Georg Jellineks auf religionsdiagnostische Deutungsmuster Max Webers und Ernst Troeltschs“. *Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte* 9 (2002): 42-69.

⁸ Ernst Troeltsch. *Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt*. München/Berlin: Oldenbourg, 1911. S. 62.

benermaßen überspitzt formulieren – ist der Freiheitskampf christlicher Minderheitenkirchen gegen christliche Majoritätskirchen und in manchen nichtchristlichen Ländern von religiösen Minderheitsbewegungen gegenüber der Mehrheitsreligion – etwa der Buddhisten in Indien gegenüber den Hinduisten. Das erklärt meines Erachtens auch die Ambivalenz des historischen Christentums gegenüber demokratischen Entwicklungen.

Was gerne übersehen wurde, vielleicht weil die Großkirchen lange vorrangig die Kirchengeschichte schrieben: Die antiklerikale Aufklärung der französischen Revolution und die von sehr frommen und von deistischen Menschen geprägte amerikanische Revolution haben eine tiefe Gemeinsamkeit, die man auf den ersten Blick nicht vermuten würde: Sie richteten sich beide gegen die herrschenden Großkirchen.

Zwei Wege zur Religionsfreiheit – anti-religiös und religiös

Die Religionsfreiheit, die dem größten Teil der Weltgeschichte unbekannt war, hat in der westlichen Welt einen mühsamen Weg hinter sich. Ein erster Schritt war der Beschluss des Reichstags von Speyer von 1526, der immerhin zwei (christliche) Religionen (die Katholische und die Protestantische, bzw. Lutherische Kirche) nebeneinander duldete. Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 baute dies weiter aus und wurde allmählich auf eine dritte christliche Konfession, die der Calvinisten oder der Reformierten Kirchen, ausgedehnt. Doch es folgten Religionskriege, in Mitteleuropa ebenso wie innerhalb von Frankreich, England und den Niederlanden. Nach unsäglichen

Opfern kehrte Europa mit dem Westfälischen Frieden zum Augsburger Religionsfrieden zurück. 100 Jahre waren nutzlos und grausam vertan.

Aber immerhin hatte Europa genug von religiös motivierten oder verbrämten Kriegen. Zudem sorgten die Kleinstaaterei und Wanderungen dafür, dass immer mehr Menschen im ‚falschen‘ Gebiet lebten, d.h. wo der Staat eine andere als ihre eigene Religion hatte. Die Preußen dehnten erstmals die Religionsfreiheit über die im Westfälischen Frieden genannten christlichen Konfessionen auf die Arminianer und andere aus. Zentrale Schritte waren das Tolerant-Patent von Joseph II. in Österreich 1781 mit ersten Freiheiten für Juden und das Allgemeine Landrecht in Preußen von 1794. Allmählich wurde mit den Juden erstmals eine nichtchristliche Religion einbezogen. Doch generelle Religionsfreiheit gibt es in Deutschland rechtlich erst mit der Weimarer Verfassung von 1919 und tatsächlich umfassend erst seit dem Grundgesetz von 1949.

1789 wurde in zwei zentralen Verfassungsdokumenten in Frankreich und in den USA die Religionsfreiheit verankert, die die völlig gegensätzliche Vorgeschichte der Religionsfreiheit deutlich machen. Denn die moderne Religionsfreiheit, wie wir sie heute kennen, ist im letzten Vierteljahrtausend in der christlichen Welt auf zwei völlig unterschiedlichen Wegen erstritten worden, die beide zur Trennung von Kirche und Staat führten, wenn auch auf sehr unterschiedlichem Weg, wie das laizistische Frankreich heute im Gegensatz zu den religionsfreundlichen Ländern Großbritannien, Niederlande, Schweiz und – als Nachzügler – Deutschland demonstriert.

Während es in den USA christliche Theologen und Politiker waren, die die Religionsfreiheit forderten und umsetzten, brauchte die Katholische Kirche in Europa – geprägt von der Auseinandersetzung mit den zunehmend säkularisierten Staaten Europas – zumindest offiziell bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965), bis sie überhaupt die Religionsfreiheit als richtig anerkannte.

Die konfessionelle Politische Ethik und die Demokratisierung⁹

Samuel P. Huntington hat 1993 die berühmte, weithin rezipierte These von vier Wellen der Demokratisierung aufgestellt¹⁰, die für ihn die Herrschaft der Menschenrechte und die Trennung von Staat und Religion mit Religionsfreiheit beinhaltet. Neben soziologischen und wirtschaftlichen Faktoren stellt er dabei eine auffallende Häufung der religiösen Mehrheitsreligion bzw. -konfession fest, nach der – hier von mir vereinfach-

chend wiedergegeben – in der ersten Welle 1828-1926 vor allem protestantische, in der zweiten 1943-1962 vor allem protestantische, katholische und fernöstliche, in der dritten Welle 1974-1988 vor allem katholische und orthodoxe Länder demokratisch wurden und in der vierten Welle nach 1989/1990 alle genannten Religionen wieder zum Zuge kamen. Wenn wir die seit 1972 jährlich erstellte Liste von Freedom House freier Demokratien, defekter Demokratien und anderer Staaten zugrunde legen, findet sich folgende Bilanz:¹¹ Am Ende dieses Prozesses gibt es 88 freie Demokratien, davon 79 – d.h. mehr als 90 Prozent – mehrheitlich christlich, eine jüdische Demokratie und sieben Demokratien, in denen fernöstliche Religionen die Mehrheit stellen, wobei in Mauritius und Südkorea Christen einen zweiten großen Teil der Bevölkerung stellen. Mali ist das einzige freie demokratische Land, das eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung hat.

Ist es Zufall, dass sich die Zuordnung von religiöser Ausrichtung und Fähigkeit zur Demokratisierung nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums wiederholte und die säkularen, protestantischen und katholischen Länder aus dem ehemaligen Einflussbereich des Sowjetkommunismus alle recht schnell zu funktionierenden demokratischen Staaten wurden, die orthodoxen Länder nur zum Teil (unvoll-

⁹ Siehe Thomas Schirmacher, „Christianity and Democracy“. *Evangelical Review of Theology* 35 (2011) 1: 51-60; Thomas Schirmacher, „Demokratie und christliche Ethik,“ in *Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Zeitschrift *Das Parlament*) 14/2009 (March 30, 2009): 21-26, auch im Internet abrufbar unter http://www1.bpb.de/publikationen/N6VK9L,0,Demokratie_und_christliche_Ethik.html (letzter Zugriff am 09.11.2014).

¹⁰ Samuel P. Huntington. *The third wave. Democratization in the late twentieth century*. Norman: Univ. of Oklahoma Press, 1993; vgl. Samuel P. Huntington. „Religion and die dritte Welle“. *Europäische Rundschau* 20 (Winter 1992) 1: 47-65; Engl.: Samuel P. Huntington. *Religion and the third wave*. in: *The National Interest* (Summer 1991) 24: 29-42; Samuel P. Huntington. *After twenty years. The future of the third wave*. in: *Journal of Democracy* 8 (1997) 4: 3-12.

¹¹ www.freedomhouse.org, vgl. zur Qualität M. Schmidt. *Demokratiethorien*. a. a. O. S. 381-386, 392-398. Vgl. die Auflistung verschiedener Studien in ebd. S. 417, 422, mit Bertelsmann Stiftung (Hg.). *Bertelsmann Transformation Index 2008*. Gütersloh: Bertelsmann, 2008, kommt man zu fast demselben Ergebnis.

endet blieb etwa die Demokratie in Russland, Georgien, Montenegro und Mazedonien), und die islamischen alle nicht?

John Witte hat darauf verwiesen, dass den Hauptdemokratisierungswellen von Staaten mit einer bestimmten konfessionellen Mehrheit in der Regel eine Befürwortung der Demokratie in der politischen Ethik vorangegangen ist.¹²

Ist es wirklich Zufall, dass die Wende der Katholischen Kirche hin zu Religionsfreiheit, Demokratie usw. im 2. Vatikanischen Konzil und weltweit der dritten Demokratisierungswelle von 1974-1990 vorausging, die viele katholische Länder in Europa und Lateinamerika erfasste? Ich will hier keine einlinige Abhängigkeit begründen, aber dass die Theologie der größten Religionsgemeinschaft der Welt keinen Einfluss auf die reale Politik ihrer Anhänger hatte und hat, wird wohl auch keiner ernsthaft vertreten wollen.

Christliche Argumente für Religionsfreiheit

Religionsfreiheit ist für Christen nicht nur eine politische Vorgabe, sondern ergibt sich aus dem christlichen Glauben selbst. Sie gehört vielmehr auf jeder Ebene zum Wesen des christlichen Glaubens – im Privaten, in der Kirche, im täglichen öffentlichen Leben, in der Gesellschaft als Ganzes und in der Politik.

Das ist darin begründet, dass Gott nach christlicher Überzeugung alle Menschen in seinem Bild geschaffen

hat (Gen 1,26-27; 5,1). Das gilt nicht nur für Christen, sondern für alle, die von Gott geschaffen wurden, so dass jeder dieselbe Menschenwürde und dieselben Menschenrechte genießt, die aus der Gottesebenbildlichkeit aller Menschen erwachsen. Wenn Religionsfreiheit also Bestandteil christlicher Lehre ist, gilt sie nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Christen oder für alle Christen, sondern für alle Menschen, unabhängig davon, was sie glauben oder nicht glauben.

Alles beginnt mit dem Wesen der Gottesbeziehung – in der Bibel und im Christentum als „Glaube“ bezeichnet. Gott will – wie es das Alte und Neue Testament wiederholt betonen – von ganzem Herzen geliebt werden und nicht aus Zwang. Die innerste Orientierung des Gewissens und Herzens des Menschen darf und kann demnach nicht erzwungen werden.

Ist eine erzwungene Bekehrung eine Bekehrung? Alle christlichen Konfessionen sind sich einig, dass eine Bekehrung zutiefst persönlich, letztlich eine wohlüberlegte Ausrichtung des Herzens sein muss. Eine Zwangsbekehrung wollen und können wir auch nicht akzeptieren. Eine Zwangsbekehrung ist überhaupt keine Bekehrung, weil sie nicht Glauben und Vertrauen gegenüber Gott nach sich zieht, sondern lediglich blinden Gehorsam gegenüber äußerlichen Dingen.

Weil Glaube an Gott nicht erzwungen werden kann, hat Gott Christen untersagt, irgendeine Art von Strafurteil über unsere Kritiker zu vollziehen und Menschen für ihren „Unglauben“ zu strafen. Schon Jona musste erleben, dass Gott barmherziger war, als Jona selbst, der lieber das Gericht über Ninive gesehen hätte (Jona 4,1-10). Und

¹² John Witte (Hg.). *Christianity and democracy in global context*. Boulder: Westview Press, 1993.

Jesus verwarf den Gedanken seiner Jünger deutlich, auf ablehnende Dörfer Feuer vom Himmel zu schicken (Lk 9,51-56). Damit ist es Christen für alle Zeiten verwehrt, andere Menschen dafür zu bestrafen, dass sie Jesus oder das Evangelium (oder irgendwelche unserer Überzeugungen) ablehnen.

Aber was ist mit dem Staat, wenn weder Christen noch die Kirche Menschen bestrafen dürfen, wenn sie etwas anderes glauben? Der Staat hat mit seinem Gewaltmonopol den Auftrag, Religionsfreiheit zu schützen und nicht unseren Glauben oder irgendeinen anderen zu verbreiten. Wer sich anschaut, welche Aufgaben das Neue Testament dem Staat zuweist, sieht, dass die Ausbreitung oder Förderung einer bestimmten Religion *nicht* dazugehört, dafür aber Frieden und Gerechtigkeit für *alle*. Christen unterstehen in Sachen weltlicher Gerechtigkeit dem Staat, ja Paulus kann den nichtchristlichen Staat geradezu als „Diener Gottes“ beschreiben, wenn er Christen bestraft, die Böses tun (Röm 13,1-7). Dass Christen in sogenannten ‚christlichen‘ Staaten in der Geschichte oft ganz anders gehandelt haben, ändert nichts daran, dass ein Christ seinen Glauben nicht verbiegen muss, wenn er für Religionsfreiheit eintritt, sondern sich diese natürlich aus seinem Glauben ergibt.

Der Staat hat Christen nur insofern zu beschützen, als er alle beschützen soll, die Gutes tun und als er im Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden alle daran hindern muss, die Gewalt planen oder ausüben, gleich ob religiös motiviert oder nicht. Christen beanspruchen also für sich kein größeres Anrecht auf Religionsfreiheit als für andere. Die Tötung eines Muslims oder Bahais um seines oder ihres Glaubens Willen ist

ebenso furchtbar wie die Tötung eines Christen. Und Christen wollen „mit allen Menschen in Frieden“ (Röm 12,18) leben, nicht nur mit ihresgleichen.

Daraus ergibt sich selbstverständlich eine Trennung von Kirche und Staat. Als Jesus sagte „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Mt 22,21), wusste er, dass der römische Herrscher kein Christ war. Damit übertrug er automatisch die Loyalität der Juden gegenüber ihrem Staat auf die Loyalität gegenüber einem nicht-jüdischen Staat. Die Trennung von Kirche und Staat setzt eine Religion voraus, die diese Trennung will. Deutschsprachige Länder können froh sein, dass die Mehrheitsreligion diese Trennung befürwortet und nicht bekämpft.

Der Staat hat Frieden und Gerechtigkeit für alle Menschen zu garantieren, unabhängig davon, was sie glauben. Christliche Gerechtigkeit ist keine Gerechtigkeit, die Christen privilegiert, sondern eine menschliche Gerechtigkeit für alle Menschen ohne Unterschied. Der Staat hat sicherzustellen und die religiösen Bürger haben ihn darin zu unterschützen, dass der „Wettstreit“ zwischen den Religionen und nicht-religiösen Weltanschauungen, und der „Wettstreit“ zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb einer Religion nicht mit Gewalt oder dem Druck der Bestechung ausgetragen wird, sondern der friedlichen intellektuellen Diskussion unter reifen Menschen überlassen bleibt. Ein solcher Frieden zwischen den Religionen jeglicher Art schafft – wie die Forschung zeigt – im Gegenzug eine friedlichere und wohlhabendere Gesellschaft, während Unterdrückung der Religionsfreiheit militante religiöse

Bewegungen aller Art hervorbringt und religiöse Minderheiten mit verheerenden Folgen für jede Gesellschaft von der wirtschaftlichen Teilhabe, der Bildung und der Wissenschaft ausschließt.

Aktuelle Herausforderungen in Europa

Die Religion im öffentlichen Bereich und die Rolle der historischen Mehrheitsreligion

Im Blick auf die aktuellen Herausforderungen in Europa gibt es zwei entscheidende Fragen, die für die Entwicklung der Religionsfreiheit in der EU von zentraler Bedeutung sind. Sie stehen im Zentrum einer zunehmenden Zahl von größeren Gerichtsprozessen, die in ganz Europa öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

1. Die eine Frage lautet: Wie viel Öffentlichkeit soll Religionen ermöglicht werden und will der Staat Religionen auch in den Bereichen der Öffentlichkeit Raum geben, die eigentlich unter seiner Aufsicht stehen? Deutschland hat sich nun einmal für den zu Frankreich entgegengesetzten Weg entschieden, Religion auch in staatlichen Medien, Schulen, Bundeswehr usw. Öffentlichkeit zu geben, woraus zum Teil recht komplizierte Gebilde entstanden sind, die die jeweilige staatliche Aufsicht und gleichzeitig inhaltliche Unabhängigkeit der Religionsgemeinschaften garantieren.

Auch wenn Kirche und Staat in Deutschland prinzipiell voneinander getrennt sind, so dass die Kirche nicht über den Staat und der Staat nicht über die Kirche herrscht, begegnen sie einander nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern überschneiden sich sogar häufig. So wird beispielsweise der Religi-

onsunterricht unter der Leitung der religiösen Körperschaften erteilt und ist zugleich Teil des staatlichen Schulcurriculums. Der Staat zahlt für theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten. Während es keinen Gottesdienst für die Eröffnung des Parlaments im Parlament gibt, findet in der größten Kirche Berlins ein besonderer Gottesdienst statt, an dem praktisch alle hochrangigen Politiker und eine erstaunliche Anzahl von Abgeordneten aller Parteien freiwillig teilnehmen. Während es kein Gebet in einer Parlamentssitzung gibt, stellt das Parlament Gebetsräume in seinem Gebäude zur Verfügung.

Frankreich hat die umgekehrte Strategie gewählt. Hier bedeutet die Trennung von Kirche und Staat zumindest theoretisch, dass der öffentliche Raum dem Staat und der Politik überlassen ist, während Religionen in die Privatsphäre gehören. Daher ist die religiöse Bildung nicht Bestandteil der staatlichen Schulbildung, sondern wird von den Religionen und den Eltern privat betrieben.

2. Muss auch eine Nationalkirche oder Nationalreligion, die die Geschichte eines Landes geprägt hat und der der größte Teil der Bevölkerung angehört (oder zumindest einmal angehörte) absolut gleich wie kleinere Religionsgemeinschaften und sogar sehr kleine religiöse Neuankömmlinge behandelt werden. Das französische Modell (bei Zurückdrängen der Religion in die Privatsphäre) macht alle Religionen „gleich“, indem es versucht, sie gleichermaßen fern vom Staat zu halten. (Die Realität sieht oft anders aus, da sich Frankreich im Blick auf kleine „Sekten“ sehr besorgt zeigt und die materiellen Zeugnisse katholischer Geschichte oft nicht ignoriert werden können,

z.B. die finanzielle Unterstützung der für den Tourismus benötigten Kathedralen.) Das US-amerikanische Modell (bei gleichzeitig größtmöglicher Öffentlichkeit für die Religionen in der Gesellschaft) versucht ebenfalls, die großen und die kleinen Religionen absolut gleich zu behandeln.

Oder gibt es eine Möglichkeit, den alten historischen Religionsgemeinschaften eine Sonderstellung einzuräumen – wie es die große Mehrheit der europäischen Länder tut, ohne die Religionsfreiheit für Einzelne und für religiöse Minderheiten in Frage zu stellen? Einige europäische Länder wie Griechenland tun dies auf Kosten der Religionsfreiheit anderer religiöser Gruppen. Aber besonders die mehrheitlich protestantischen Länder wie Großbritannien, Deutschland oder die skandinavischen Länder haben einen Weg gefunden, der historischen Mehrheitskirche einen besonderen Platz einzuräumen und gleichzeitig dem Einzelnen oder den religiösen Minderheitsgruppen ein erstaunliches Maß an Religionsfreiheit zu bieten.

Diese Frage führt automatisch zur Frage nach der sogenannten „negativen Religionsfreiheit“.

Negative Religionsfreiheit

Gesetzlich ist in allen Mitgliedstaaten der EU das negative Recht auf Religionsfreiheit, d.h. das Recht des Einzelnen, keiner Religion anzugehören und das Recht, eine Religion wechseln zu können, gewährleistet. Inwieweit ist dieses Recht in der politisch-gesellschaftlichen Praxis wie z.B. in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder anderen tatsächlich umgesetzt?

Es gibt Tendenzen, die negative Religionsfreiheit umzudeuten in eine Frei-

heit, von jeder Art Kontakt zu Religionen verschont zu bleiben. Dies entspricht aber nicht europäischer Tradition, eher im Gegenteil, wenn man von Ausnahmen wie Frankreich absieht. Es gibt in Europa kein „right to be left alone“ wie in Ansätzen in den USA. Religionsfreiheit bedeutet auch nicht, dass der Staat nicht mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zusammenarbeiten oder ihnen nicht im öffentlichen Raum begegnen dürfe.

Eine sehr streng umgesetzte negative Religionsfreiheit würde die Religionen weitgehend aus dem öffentlichen Leben verdrängen. Man könnte etwa keine religiösen Veranstaltungen im staatlichen (oder gar privaten?) Fernsehen mehr übertragen. Sieht man aber nicht-religiöse Weltanschauungen als auf einer Stufe mit Religionen stehend an, führt dies in Wirklichkeit zu einer Bevorzugung nichtreligiöser Weltanschauungen und einer Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Religionen.

Die Abgrenzung zum Islam in Europa

Die Ankunft des Islam in den westeuropäischen Ländern bringt in vielen Ländern neben den christlichen Konfessionen und dem säkularisierten Teil der Bevölkerung plötzlich einen dritten Mitspieler auf die Bühne, der nicht mehr mit den zahlenmäßig viel kleineren religiösen und weltanschaulichen Minderheiten zu vergleichen ist.

Grundsätzlich ist Alt-Europa meines Erachtens hin und her gerissen. Zum einen gilt die Religionsfreiheit so grundsätzlich und selbstverständlich für alle Religionen, dass man sie selbst für solche islamischen Gruppen aufrechterhalten möchte, die sie selbst nicht vertreten und Gewalt zur Ausbreitung

ihrer Auffassungen legitimieren. Andererseits sitzt die Sorge vor religiös begründeter Gewalt, vor der Scharia und letztlich vor dem Schockbild des Iran seit 1979 tief, als die Religionsführer die Macht in einem prowestlichen Land übernahmen und seitdem eine klassische „Hierokratie“ (Herrschaft der Geistlichen) bilden – das perfekte Gegenbild zur Religionsfreiheit.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass Fragen in Bezug auf den Islam nur sehr bedingt pauschal für ganz Europa zu beantworten sind, ist die Zahl der islamischen Bewegungen, Nationalitäten und Glaubensrichtungen doch enorm und der Islam nicht weniger aufgefächert als andere Weltreligionen.

Gerade die Ankunft des Islam hat die Religionsfreiheit wieder zum öffentlichen Thema gemacht, vor allem in Westeuropa.¹³ War vor allem bis etwa zur Jahrtausendwende das Menschenrecht auf Religionsfreiheit bei uns stark unterbelichtet und musste fast immer der Diskussion um andere Menschenrechte weichen (man suche etwa einmal

nach Debatten zum Thema im Bundestag vor 1999), weswegen es auch in seiner Umsetzung kaum fortentwickelt und der realen Situation angepasst wurde, so zwingt ein neuer Mitspieler, der zahlenmäßig mit etwa 3,2 Mio. Anhängern kaum noch als Minderheitenreligion zu bezeichnen ist, sowohl zur Beantwortung völlig neuer Fragestellungen, als auch zu einer ganz neuen Selbstvergewisserung und Verteidigung eines Wertes, der allzuoft für selbstverständlich genommen wurde.

Ob also die Anwesenheit des Islam letztlich zu einer Stärkung der Religionsfreiheit als Teil einer europäischen Identität oder aber zu Einschränkungen der Religionsfreiheit führen wird (sei es, weil bestimmte muslimische Strömungen andere muslimische Strömungen, andere Religionen und Nichtreligiöse mit Gewalt bedrohen, sei es, indem die Religionsfreiheit der Muslime beschnitten wird – siehe Minarett-Verbot in der Schweiz), wird wesentlich daran hängen, ob sich die historischen Partner auf eine gemeinsame Linie einigen können oder ob sie die Gelegenheit nutzen wollen, Religiosität gegen den Säkularismus und umgekehrt in Stellung zu bringen oder – etwa dem Modell Frankreichs folgend – alle Religion stärker aus der Öffentlichkeit zu drängen.

Denn es ist kein Wunder, dass die massiven Fälle von Einschränkung der Religionsfreiheit der Muslime vor allem in zwei Gruppen von Ländern stattfinden, zum einen in den Ländern mit dem Konzept der „laïcité“, Frankreich und Belgien, die bei den Muslimen auf eine Religion stoßen, die sich nur ungerne in den privaten Bereich abdrängen lässt, und zum anderen in orthodoxen Ländern, in denen die jahrhundertelan-

¹³ Siehe Marcel Maussen, *The Governance of Islam in Western Europe: A State of the Art Report*, IMISCOE Working Paper 16. Amsterdam: University of Amsterdam Institute for Migration and Ethnic Studies, 2007, www.imiscoe.org; Paul Marshall, *Radical Islam's Rules: The Worldwide Spread of Extreme Shari'a Law*, Oxford: Rowman & Littlefield Publishers, 2005; Abdullah Saeed and Hassan Saeed, *Freedom of Religion, Apostasy and Islam*, Ashgate: Aldershot, 2004; Bassam Tibi, *Euro-Islam*, Darmstadt: Primus, 2009; Tariq Ramadan, *Western Muslims and the Future of Islam*, New York: Oxford University Press, 2005; Thomas Schirrmacher, *Feindbild Islam*, VTR: Nürnberg, 2003; Christine Schirrmacher, *Islam und Demokratie*, Holzgerlingen: SCM Hänssler, 2013.

gen Auseinandersetzungen zwischen islamischen und orthodoxen Herrschern und die Zeiten der wechselseitigen Fremdbeherrschung nachwirken und nach der 70-jährigen Überlagerung durch den Sowjetkommunismus nun wieder zum Vorschein kommen.

In Frankreich und Belgien, aber auch in Griechenland und Bulgarien hat sich die Regierung beispielsweise unmittelbar in die Vergabe (oder Vergabebewerbe) der höchsten Leitungämter der Muslime eingeschaltet oder andere als die gewählten Vertreter eingesetzt. Dies hat der EGMR mehrfach verurteilt, einige Fälle sind anhängig.

Dass wichtige Strömungen des Islam (denn den Islam gibt es so wenig wie das Christentum) überhaupt ein anderes politisches System bzw. Rechtssystem wünschen, macht die Herausforderung, historische Kompromisse nicht weiter zu kolportieren, sondern von innen heraus neu zu begründen, umso dringender.

Um es einmal ganz pauschal zu sagen: Für die große Mehrheit der Katholiken, landes- und freikirchlichen Protestanten, der Nichtreligiösen und der religiösen Minderheiten (z.B. Bahá'í) einschließlich islamischer Sondergruppen (z.B. Ahmadis, Aleviten) in Europa ist Religionsfreiheit selbstverständlich, begrüßenswert und Bestandteil der europäischen Identität. Für die große Mehrheit der Muslime und der Orthodoxen ist Religionsfreiheit – aus ganz unterschiedlichen historischen Gründen – weder ihr langjähriger Erfahrungshintergrund, noch etwas Begrüßenswertes und bei ihnen wird überwiegend das

National- oder Gruppenbewusstsein nach wie vor an den Vorrang der eigenen Religion auch in der politischen Öffentlichkeit gekoppelt.

In beiden religiösen Welten gibt es einzelne bedeutende religiöse Vordenker für Religionsfreiheit und hilfreiche Ansätze, aber sie bewegen sich noch nicht im Zentrum der theologischen Diskussion.

Fazit

Die EU befindet sich auf einem guten Weg, das großartige Erbe der Religionsfreiheit mithilfe des Europarates, seines Gerichtshofes für Menschenrechte, der OSZE und der Europäischen Menschenrechts-Standards im Allgemeinen in ihren Dokumenten und ihrer Politik zu implementieren. Damit reagiert sie zur rechten Zeit auf die vielen neuen Herausforderungen, die sich in den verschiedenen religiösen und politischen Kontexten einzelner EU Staaten ergeben – z.B. auf den Islam als „neue“ Religion in mehreren Staaten als auch auf einige Länder, in denen die Religionsfreiheit auf dem Spiel steht. Die meisten christlichen Kirchen setzen sich mit aller Kraft für die Idee der Religionsfreiheit ein und sollten Sorge dafür tragen, dass ein aus geschichtlicher Perspektive „christlicher“ Kontinent auch als ein Kontinent bekannt wird, auf dem andere Formen des Christentums, andere Religionen und nicht-religiöse Weltanschauungen in Frieden und Freiheit zusammenleben können.

Freedom of Religion and European Identity

Thomas Schirrmacher

Introduction

The right to religious freedom is one of the identifying concepts for the European Union and Europe at large.¹ That this universal human right has such a high value is above all due to the fact that the fundamental values that hold Europe together were essentially achieved in the face of what for centuries used to be the lack of religious freedom and its devastating consequences in forms of war, civil war, suppression and discrimination on the basis of one's religious affiliation. That every person may have his own religion or worldview, and may choose and change it, indeed openly and not secretly, and that such is neither prescribed by the state nor imposed by other societal forces counts as one of the central prerequisites of being free. This is only possible, if there is a certain separation of the State from religious institutions and the State does not see the propagation of a certain religion as its task, but is willing to treat all religious communities according to the same legal standards.

There plain and simply would not be the Europe of today if there were no religious freedom. A modern democra-

cy without religious freedom is not conceivable. Religious freedom is, namely, profoundly tied to other fundamental rights such as the freedom of conscience, the freedom of opinion, the freedom to assemble, or the freedom of the press. On the other hand, a secular democratic constitutional state which presupposes the separation of 'church' and state can only be tied to religious freedom.

Religious freedom is not only the necessary counterpart to a secular democratic constitutional state, rather it is also the prerequisite for religious peace, that is, for the absence of civil war or war which is religiously motivated, or worldview-motivated, or is conducted against other religious communities. This is due to the fact that religious freedom does not emerge when religious communities or non-religious people give up their truth claims or come to agree to the extent that the differences almost disappear (since, as is generally known, denominations of a religion which stand quite close to each other have frequently conducted religious wars against each other)², but rather through the willingness to demonstrate religious freedom which

¹ See Rex Ahdar, Ian Leigh. *Religious Freedom in the Liberal State*. Oxford: Oxford University Press, 2005.

² See Brian J. Grim, Roger Finke. *The Price of Freedom Denied: Religious Persecution and Conflict in the Twenty-First Century*. Cambridge: Cambridge University Press, 2010.

includes publicly displaying one's own religion peacefully and in coexistence with adherents of other religions and worldviews. Furthermore, this means communicating such religions through discourse, not through the aid of state power, or by violence, or coercion against those who think differently.

Historical background

The birth of the idea of religious freedom

The first demands for religious freedom, freedom of conscience, freedom of the press, and universal male suffrage arose in England in the middle of the 17th century in the radical wing of Protestantism. Michael Farris has conducted a comprehensive study regarding the early sources of religious freedom in the USA, which include countless sermons and tracts.³ He traces all the early initiatives back to England.

After Sebastian Castellio, who was previously a student of John Calvin and who in 1554 argued against Calvin for a rather rudimentary form of religious freedom (whereby there continued to be punishment for the 'Godless', that is the atheists), the first known tract that called for complete religious freedom appeared in 1614 and was produced by the English Baptist Leonard Busher.⁴ The idea spread among Baptists and other 'dissenters' in England, the Netherlands, and then in the USA. It was the Baptist and spiritualist Roger Williams (1604-1685), who in 1639 was a co-

founder of the first American Baptist community with a congregational structure, who in 1644 called for complete religious freedom⁵ and achieved religious freedom and the first constitution with complete separation of church and state in Rhode Island in 1647. Rainer Prätorius nails it on the head when he says: "Not in spite of the fact but rather because he was deeply religious, Williams called for a separation of politics and religion."⁶

The Protestant theologian and philosopher of religion Ernst Troeltsch⁷ has supported the view that human rights and religious freedom is not due to the Protestantism of established churches, but rather that it is due to free churches, sects, and spiritualists, who developed their views in Europe, but were often driven to the New World. This ranges from the Puritans to the Quakers. "It is at this point that the stepchildren of the Reformation finally had their hour in world history."⁸

The hour of birth of religious freedom – if I may admittedly exaggerate in my formulation – is the struggle for freedom by Christian minority churches against Christian majority churches, and in many non-Christian countries it is religious minority movements over

³ Michael Farris, *From Tyndale to Madison*, Nashville, 2007.

⁴ Leonard Busher, *Religious Peace*, Amsterdam 1614, London 1644.

⁵ Roger Williams, *The Bloody Tenent, for Cause of Conscience*, London 1644; Roger Williams., *Christenings make not Christians*, London, 1645.

⁶ Rainer Prätorius, *In God We Trust, Religion und Politik in den USA*, München 2003, p. 35

⁷ Comp. Friedrich Wilhelm Graf, "Puritani-sche Sektenfreiheit versus lutherische Volkskirche," *Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte*. Vol. 9 (2002) 1, pp. 42-69.

⁸ Ernst Troeltsch, *Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt*, München/Berlin 1911, p. 62.

against majority religions. This also explains, in my judgment, the ambivalence of historical Christianity over against democratic developments.

What was readily overlooked, perhaps because the large churches were the primary writers of church history, was the following: the anticlerical Enlightenment of the French Revolution and the American Revolution, which was shaped by very pious and deistic individuals, and which had a great impact on European developments, have a deep commonality which at first glance one would not suppose is there. That is the fact that both of them were directed against the ruling large churches.

Two ways towards religious freedom – anti-religious and religious

Religious liberty, which was unknown for most of the world's history, has come at great cost and through a painful course of events in the Western world. A first step in the direction of religious liberty was the 1526 resolution of the Reichstag in Speyer. The resolution officially tolerated two (Christian) religions (Catholic and Protestant, meaning Lutheran) for the first time. The 1555 Peace of Augsburg expanded toleration, and gradually this included a third Christian confession, that of the Calvinist or Reformed churches. However, religious wars ensued in Central Europe as well as within France, England, and Holland. After suffering untold numbers of victims, Europe returned to the Peace of Augsburg via the Peace of Westphalia. One hundred years had been wasted.

Nonetheless, Europe had had enough of religiously motivated or religiously veiled wars. Additionally, the religion-state system and demographic

migrations accounted for the fact that more and more people lived in the 'wrong' regions, meaning regions where a religion other than their own was that of the state. Prussians first extended religious liberty beyond the Christian confessions mentioned in the Peace of Westphalia to include Arminians and others. Key steps were seen in the Patent of Tolerance conferred by Joseph II in Austria in 1781. It gave Jews the first set of liberties, and the Prussian Land Law of 1794 extended rights. Gradually Jews were the first adherents of a non-Christian religion to be included. Still, general religious liberty in Germany, for example, has only been in place since 1919 under the Weimar Constitution, and truly comprehensive religious freedom has only been practiced since the acceptance of the 1949 Constitution.

Thus 1789 two central constitutional documents, one in France and the other in the United States of America, provided the anchor for religious liberty that illuminates an antithesis to the prior history of religious liberty. The modern concept of religious liberty, which we have seen developing in the Christian world over the last two hundred and fifty years, has been achieved along two completely different paths of struggle. Both paths led to the separation of church and state, but they were pursued very differently, as is shown in present-day secular France and in the religiously friendly Great Britain, Holland, and Switzerland, and as a late comer, Germany.

While in the USA it was Christian theologians and politicians who demanded religious liberty and brought it to pass, the Catholic Church in Europe – influenced by the clash with increas-

ingly secularized European states – did not even recognize religious liberty as a correct stance until the Second Vatican Council (1962-1965).

*Confessional Political Ethics and Democratization*⁹

In 1993 Samuel P. Huntington put forth the famous and widely received thesis of four waves to democracy, which for him includes the rule of human rights and the establishing of a separation of church and state with religious freedom.¹⁰ In addition to sociological and economic factors, he recognizes a striking accumulation of religious majority religions or denominations. According to him – and I reproduce it here in simplified form – in the first wave from 1828-1926 above all Protestant, in the second from 1943-1962 primarily Protestant, Catholic and Far Eastern, in the third wave 1974-1988 especially Catholic and Orthodox countries became democratic, and in the fourth wave, after 1989/1990, all the religions just named were again

involved. At the end of all of this, out of 88 free democracies, 79, or more than 90%, are majority Christian. In addition, there is one Jewish democracy and seven democracies which have Far Eastern religions in the majority, whereby in Mauritius and South Korea Christians make up a second, large segment of the population. Mali is the only free, democratic country that has a majority Muslim population.¹¹

Is it by chance that a correlation between religious orientation and the ability to democratize repeatedly was seen after the breakdown of Soviet imperialism? Is it by chance that the secular, Protestant and Catholic countries which had earlier been a part of the sphere of influence of Soviet Communism rather quickly became functioning democratic states, that Orthodox countries only became so in part (the democracies in, for instance, Russia, Georgia, Montenegro and Macedonia remained incomplete), and that none of the Muslim countries followed suit?

John Witte has suggested that, as a rule, countries with a certain denominational majority have endorsed democracy including religious freedom in their political ethics prior to waves of democratization.¹²

Is it really only by chance that the Catholic Church's turn towards freedom of religion, etc., in the Second Vatican Council and around the world preceded the third wave of democratization which embraced many Catholic

⁹ See Thomas Schirrmacher, "Democracy and Christian Ethics," pp. 568-580 in: Nelu Burcea, Thomas Schirrmacher (ed.), *Jurnalul Libertatii de Constiinta*. Editura Universitara: Bukarest, 2013. ISBN 978-606-591-728-6; "Christianity and Democracy". *Evangelical Review of Theology* 35 (2011) 1: 51-60; Thomas Schirrmacher, "Demokratie und christliche Ethik," in *Politik und Zeitgeschichte* (Supplement to *Das Parlament*) 14/2009 (March 30, 2009): 21-26, also available at http://www1.bpb.de/publikationen/N6VK9L0,0,Demokratie_und_christliche_Ethik.html.

¹⁰ Samuel P. Huntington, *The Third Wave*, Norman, 1993; comp. Samuel P. Huntington, *Religion und die dritte Welle*, in: *Europäische Rundschau* 20 (Winter 1992) 1, pp. 47-65; Samuel P. Huntington, "After twenty years," in: *Journal of Democracy*, 8 (1997) 4, pp. 3-12.

¹¹ Classification according to: www.free-domhouse.org, comp. for quality M. Schmidt (annotation 11), pp. 381-386, 392-398 and further studies, *ibid.*, pp. 417, 422.

¹² John Witte (ed.), *Christianity and Democracy in Global Context*, Boulder, 1993.

countries from 1974-1990 in Europe and Latin America? I do not want to establish a unilinear dependency, but at the same time the thought that the theological teachings of the major world religions have absolutely no influence on the actual politics of their followers is not seriously advocated by anyone.

Christian Arguments for Religious Freedom

Religious freedom for Christian churches is not only a *political* guideline for Christians. Rather, it arises from the Christian faith itself and is part of its nature on every level, in private, in the church, in every day public life, in society at large and in politics.

This is due to the fact that, according to Christians, God has created all people as his image bearers (Genesis 1:26-27; 5:1). This does not only apply to Christians, but to all those created by God, for which reason everyone has the same human dignity and human rights which derive from the image bearing nature all people possess. Thus, if religious freedom is part of Christian teachings, it applies not only to a certain group of Christians, or to all Christians, but to all humans, no matter what they believe or do not believe.

This starts with the nature of the relationship of God, called 'faith' in the Bible and Christianity. God desires – as is repeatedly stated in the Old and New Testament – to be wholeheartedly loved, not worshiped as a result of coercion. The innermost orientation of the conscience and heart of individuals may not and cannot be compelled.

Is a forced conversion a conversion? All Christian confessions agree that a conversion has to be deeply per-

sonal, ultimately a considered move of the heart. A forced conversion is not something we want and not something we can accept. A forced conversion is no conversion at all because it does not create faith and trust in God, but just blind obedience to outward things.

Because faith in God cannot be forced, God also prohibited Christians from executing any type of penalty against its critics and from punishing people for their 'unbelief.' Even Jonah had to experience that God was more merciful than Jonah himself, who would have preferred to see judgment come over Nineveh (Jonah 4:1-10). And it was Jesus who rejected the thinking of his disciples to call fire down from heaven upon the villages which did not welcome them (Luke 9:51-56). With that said, Christians throughout all time have been refused the right to punish other people for rejecting Jesus or the gospel (or any of our convictions).

But if Christians or the church may not punish people, if they believe otherwise, what about the state? The state, with its monopoly on the use of force, has the mandate to protect human rights, including the right to freedom of religion, and not to promote the Christian faith or another faith. Whoever looks at which tasks the New Testament assigns to the state sees that the expansion or promotion of a certain religion is *not* included among them. However, peace and justice *for all* are included. Christians are subject to the state in matters relating to worldly justice. Indeed, Paul is able to straightforwardly describe the non-Christian state as "God's servants" if they punish Christians who do evil (Romans 13:1-7). That Christians in so-called 'Chris-

tian' nations have acted differently in the course of history does not change anything about the fact that a Christian does not have to twist his faith if he advocates religious freedom. Rather, this is something which arises naturally from his or her faith.

The state has to protect Christians insofar as it has to protect everyone who does good, and in its efforts to promote justice and peace it has to restrain all those who plan or carry out violent acts, regardless of whether they are religiously motivated or not. Christians call for no more of a right to religious freedom for themselves than for others. The killing of a Muslim or a Baha'i for the sake of his or her faith is as terrible as the killing of a Christian. Christians want to "live at peace with everyone" (Romans 12:18), not only with people like themselves.

What arises naturally is an automatic separation of church and state. When Jesus said: "Give to Caesar what is Caesar's and to God what is God's," he knew that the Roman Emperor was not a Christian (Matthew 22:21). He automatically transferred the loyalty of the Jews towards their state to loyalty towards a non-Jewish state. The separation of church and state actually presupposes a religion which wants this, and German-speaking countries can be happy that the majority religion advocates this separation and does not fight against it.

The state has to guarantee peace and justice for all its citizens, no matter what they believe. Christian justice is not a justice that privileges Christians, but a Christian justice is human justice for all humans alike. The state has to assure, and the religious citizens have to help the state in this, that the 'com-

petition' between religions and non-religious worldviews, and the 'competition' of different branches within a religion is not carried out by violence or the pressure of bribery but is left to peaceful intellectual discussion among mature people. Such peace between religions of all kinds produces – as research shows – in return a more peaceful and prosperous society, while suppression of religious freedom produces violent religious movements of all kinds and bans religious minorities from economic participation, education and science with devastating results for every society.

Contemporary Challenges in Europe

Two issues: religion in the public space and the role of the historic majority religion

There are two crucial issues at stake here, which are important for the future development of religious freedom in the EU and become the center of more and more major court cases with public attention across Europe.

1. How much public space should be made available for religions and how much room does the state want to give religions in the public sphere, which is actually under the state's oversight? Germany has decided to take a path that is opposite to that of France. Germany gives religion a lot of public space within the state media, schools, the German Federal Armed Forces, etc., which guarantees the respective state oversight and at the same time guarantees the religions their independence as regards content.

Thus in Germany church and state are separated and in principle the

church does not rule the state and the state does not rule the church, yet they do not only meet in public, but even often overlap, for example with religious education under the authority of religious bodies, yet as part of the state's school curriculum. The state pays for theological faculties at state universities. There is no religious service for the opening of the parliament in the parliament, yet there is a special service in Berlin's major church, which is attended freely by virtually all top political leaders and an amazing numbers of members of parliament from all parties. There is no prayer in a session of parliament, but the parliament provides prayer rooms in its building.

France chose the opposite strategy. Separation of church and state means, that – at least in theory – the public space is filled by the state and politics, while religions belong to the private sphere. Thus religious education is not part of state school education but is run privately by religions and parents. And there are no theological faculties at state universities.

2. Does a state church or a state religion which has shaped the history of a country and to which the majority of the population belongs (or at least belonged at some time in the past) have to be treated absolutely equally with smaller religious communities or even very small religious newcomers? The French model (by driving the religion back into the private sphere), makes all religions 'equal' by trying to keep them all equally far away from power. (The reality is often different, as France is very nervous about small 'sects' and the material evidence of Catholic history often cannot be bypassed, for example in the financial support of cathe-

drals needed for tourism.) The US model (with simultaneously the largest amount of public space for religions within society) also tries to deal the large and the small religions absolutely equally.

Or is there the possibility of producing a special status for the old historic religious communities – as is done by the large majority of European countries? Some European countries, such as Greece, do this at the price of religious freedom for other religious groups. Yet especially the Protestant majority countries such as the UK, Germany, or the Scandinavian countries have found a way to have a special place for the historic majority church, yet provide an amazing level of religious freedom for the individual or for religious minority groups.

This question automatically leads us to the question of the so-called 'negative religious freedom.'

Negative religious freedom

In all EU member states the negative right to religious freedom is guaranteed, i.e., the individual has the right to not belong to any religion and the right to change religions. To which extent is this right actually put into practice socio-politically, in public facilities such as schools or otherwise?

There are tendencies to reinterpret religious freedom as a freedom to be spared from all types of contact with religion. This does not correspond, however, to the European tradition. Rather, the opposite is the case, if one disregards exceptions such as France. There is no 'right to be left alone' in Europe as is found in approaches in the USA. Religious freedom also does not mean that the state cannot work togeth-

er with religious communities and worldview communities or may not encounter them in the public sphere.

A very strictly implemented negative religious freedom would largely push religions out of public life. One could, for instance, no longer transmit a religious event on public (or perhaps private) television. If, however, one views non-religious worldviews as being on the same level as religions, this leads in reality to a preference for non-religious worldviews and discrimination against religions and unequal treatment of religions.

The delimitation of Islam in Europe

For many countries, the arrival of Islam in EU countries, especially in Western Europe, has meant the presence of a third player on the stage in addition to Christian denominations and a secularized segment of the population that is not to be compared with the numerically much smaller religious and worldview minorities.

In my opinion, 'old Europe' is basically torn back and forth. On the one hand, religious freedom is so fundamental and taken for granted that one wants to maintain it for such Islamic groups which themselves do not defend it or legitimize violence for the propagation of their ideas. On the other hand, there is deep concern in the face of religiously based violence, in the face of the sharia, and, finally, in the face of the shocking picture of Iran since 1979 when religious leaders took over the power in a pro-Western country and since then has built a classical hierocracy (rule by clerics) – the perfect antithesis to religious freedom.

It should be pointed out, in any case, that questions with respect to Is-

lam can only conditionally be given sweeping answers for the entirety of Europe. The number of Islamic movements, nationalities, and religious orientations are not less varied than is the case with other world religions.

It is precisely the arrival of Islam that has again made religious freedom a public topic, above all in Western Europe.¹³ Up until about the turn of the millennium, the human right to religious freedom was greatly underexposed and almost always had to yield to the discussion of other human rights (one only has to look for instance at *Bundestag* debates on the topic prior to 1999). Due to this, there was little that was advanced in its practice and adapted to real life situations. A new participant, which with about 3.2 million adherents can hardly be deemed a minority religion, calls for responses to completely new issues and calls for completely new self-assurance and defense of a value that all too often has been taken for granted.

Whether the presence of Islam will finally lead to a strengthening of religious freedom as part of European

¹³ See Marcel Maussen, *The Governance of Islam in Western Europe: A State of the Art Report*, IMISCOE Working Paper 16. Amsterdam: University of Amsterdam Institute for Migration and Ethnic Studies, 2007, www.imiscoe.org; Paul Marshall, *Radical Islam's Rules: The Worldwide Spread of Extreme Shari'a Law*, Oxford: Rowmann & Littlefield Publishers, 2005; Abdullah Saeed and Hassan Saeed, *Freedom of Religion, Apostasy and Islam*, Ashgate: Aldershot, 2004; Bassam Tibi, *Euro-Islam*, Darmstadt: Primus, 2009; Tariq Ramadan, *Western Muslims and the Future of Islam*, New York: Oxford University Press, 2005; Thomas Schirrmacher, *Feindbild Islam*, VTR: Nürnberg, 2003; Christine Schirrmacher, *Islam und Demokratie*, Holzgerlingen: SCM Hänssler, 2013.

identity or rather to limitations on religious freedom (be it because certain Muslim currents are threatening other Muslim groups, other religions, or non-religious people with violence, or be it by cutting back the religious freedom of Muslims – see the prohibition on minarets in Switzerland) will significantly depend on whether the historical partners can agree on a common stance, or whether they will want to use the opportunity to move against secularism or vice versa, or – following France's model – whether all religions will be more forcefully pushed out of the public eye.

It is really no wonder that the largest number of cases dealing with limitations on the religious freedom of Muslims takes place primarily in two groups of countries. On the one hand, there are countries with the concept of *laïcité*, France and Belgium, which in dealing with Muslims come upon a religion which only unwillingly allows itself to be pushed into the private sphere. On the other hand, there are the Orthodox countries. There one sees centuries-long disputes between Islamic and Orthodox rulers and times of alternating foreign rule continuing to have an effect, and after the imposition of 70 years of Soviet communism one sees these disputes again reappearing.

In France and Belgium, but also in Greece and Bulgaria, the governments have, for instance, become directly involved in awarding the highest posts of Muslim leadership (or in determining how they are awarded) or have placed others in those positions as chosen representatives. This has repeatedly been denounced by the European Court of Human Rights, and several cases are pending.

That important currents within Islam (since one can speak of *the one form of Islam* just as little as one can speak of *the one form of Christianity*) want an altogether different political system or legal system is what makes the challenge all the more urgent. And that challenge involves not continuing to hawk historical compromises but rather coming up with something new from the inside out.

To state it quite simply: In Europe religious freedom is taken for granted, is welcomed, and is a component of European identity for the large majority of Catholics, national church and free church Protestants, the non-religious, and religious minorities (e.g., Bahá'í), including special Islamic groups (e.g., Ahmadis, Alevis).

For the large majority of Muslims and Orthodox, religious freedom – for completely different historical reasons – is not tied to many years of background experience. It is also not something that is welcomed. Rather, national or group awareness is still tied to a priority for one's own religion in the sphere of public politics.

In both religious worlds there are important forward-thinking religious individuals involved in the cause of religious freedom and in constructing helpful approaches, but they do not operate in the center of theological discussion.

Conclusion

The EU is on a good way to implement the great heritage of religious freedom by means of the European Council, its human rights court, the OSCE, and European human rights standards in general, into actual EU documents and policies. This is timely,

as among the diverse religious and political situations in the EU countries there are many new challenges, e.g., Islam as a newcomer religion in several countries, as well as some countries in which religious freedom is at stake. Most Christian churches are a major force behind the idea of religious free-

dom, and they should assure that a historically 'Christian' continent should also be known as a continent where other forms of Christianity, other religions, and non-religious worldviews can live in peace and freedom which each other.

ISLAM UND CHRISTLICHER GLAUBE

ISLAM AND CHRISTIANITY

Zeitschrift des
Instituts für Islamfragen (IfI)

Journal of the
Institute of Islamic Studies

ISSN 1616-8917

Nr. 2/2014 (14. Jg.)



Religionsfreiheit – ein Menschenrecht
Freedom of Religion – A Human Right

Inhalt / Contents

Liebe Leser / <i>Editorial</i>	3
Religionsfreiheit und europäische Identität / <i>Freedom of Religion and European Identity</i> (Thomas Schirrmacher).....	5
Der Abfall vom Islam im Urteil zeitgenössischer islamischer Theologen / <i>Apostasy from Islam as seen by Contemporary Muslim Theologians</i> (Christine Schirrmacher).....	25
Buchbesprechung (Rezension) / <i>Book Review</i>	47

VTR
